

Parlamentarier wollen wieder Hauswirtschaftskurse an Gymnasien

Gegenvorschläge aus allen politischen Lagern zur Volksinitiative «Ja zur Husi»

Die 2004 abgeschafften Hauswirtschaftskurse an den Zürcher Mittelschulen sollen wieder eingeführt werden. Dies streben Kantonsräte aus allen Parteien an. Die Frage ist nur, in welcher Form dies geschehen soll. Zur Volksinitiative «Ja zur Husi» sind in der Bildungskommission drei Alternativvorschläge in Diskussion.

fur. Drei Wochen weg mit der ganzen Schulklasse in ein idyllisch gelegenes Lagerhaus; kein frontaler Schulunterricht, dafür gemeinsames Kochen mit langen Abenden, und das erst noch während der normalen Schulzeit. Wer im Kanton Zürich das Langgymnasium besucht hat, kam bis vor kurzem in den Genuss der Hauswirtschaftskurse, schwärmerisch auch «Husi» genannt. Ihr Zweck war es, den Gymnasiasten neben dem kopflastigen Schulunterricht während der Wochen praktische Kenntnisse über das Kochen und die richtige Ernährung, über das Bedienen einer Wasch- und einer Nähmaschine sowie wichtige Heimwerker-Kniffe zu vermitteln.

Prävention gegen falsche Ernährung

Vor zweieinhalb Jahren war damit Schluss, der Regierungsrat strich die Kurse auf den Sommer 2004. Die Massnahme war Teil des Programms zur Sanierung der Kantonsfinanzen und bringt dem Kanton jährliche Einsparungen von 4,2 Millionen Franken. Wie bei verschiedenen anderen Sparmassnahmen im Bildungsbereich wurde auch gegen diese Massnahme eine Volksinitiative eingereicht; sie verlangt die Wiedereinführung der Kurse. Bis spätestens im November dieses Jahres kommt das Begehren zur Volksabstimmung, entscheiden könnte sich die Zukunft der Hauswirtschaftskurse aber schon früher. Denn die Initiative ist zurzeit in der Beratung der kantonsrätlichen Bildungskommission, und das Anliegen geniesst dort einige Sympathie. Über die Parteilinien hinweg ist man sich einig, dass die Kurse

in irgendeiner Form wieder eingeführt werden sollen. Angesichts der zunehmenden Fettleibigkeit unter den jungen Erwachsenen sei vor allem Ernährungslehre auch an der Mittelschule unabdingbar, sagt CVP-Kantonsrat Lorenz Schmid. Falsche Ernährung sei eine «Kosten-Bombe» im Gesundheitswesen, findet der diplomierte Apotheker. Auch Kommissionspräsidentin Brigitta Johner (fdp.) hält eine Grundbildung in Hauswirtschaft für notwendig. In der Sekundarschule hat diese Grundbildung übrigens immer noch einen festen Platz im Lehrplan.

Derzeit liegen drei Gegenvorschläge zur Initiative aus verschiedenen Lagern auf dem Tisch. Sich auf einen Kommissionsvorschlag zu einigen, wie dies Präsidentin Brigitta Johner anstrebt, dürfte allerdings schwierig sein. Die Vorstellungen darüber, wie die künftigen Hauswirtschaftskurse aussehen sollen, gehen weit auseinander. Der Vorschlag von EVP und SVP ist praktisch identisch mit der Initiative, mit dem Unterschied, dass nur die Schüler des Langgymnasiums in den Genuss der Kurse kommen sollen; die Initiative will auch die Jugendlichen des Kurzgymnasiums berücksichtigen, obwohl diese als ehemalige Sekundarschüler dort bereits hauswirtschaftlichen Unterricht besucht hätten. Die SP wiederum will keine dreiwöchigen Internatskurse mehr, sondern schlägt vor, hauswirtschaftliche Fähigkeiten während eines halben Jahres in einem halbtägigen Blockunterricht pro Woche zu vermitteln. Stattfinden sollen diese Kurse an der Schule selbst. In dieselbe Richtung geht eine Idee der FDP-Bildungspolitikerinnen. Sie wollen die Kurse aber noch weiter reduzieren und sie nur während eines Vierteljahres anbieten.

Ausrüstung schon verkauft

Die Kommission will in den nächsten Wochen entscheiden. SP-Kantonsrätin Pia Holenstein könnte sich vorstellen, dass sich ihre Partei mit der FDP einigt. Die Urheberinnen der Initiative ihrerseits würden nicht auf ihrem Begehren beharren, wenn der Vorschlag von SVP und EVP eine Mehrheit fände. Entscheidend sei, dass für

die Kurse genügend Zeit zur Verfügung stehe, sagt Initiantin Ursula Longatti. Die Initiative geht von 140 Lektionen aus. Das sei deutlich weniger als in der Sekundarschule, wo in der 1. und 2. Klasse insgesamt 240 Lektionen unterrichtet würden. Mit den 72 schulinternen Lektionen der SP-Variante könne man wenig bewirken, findet Longatti. Dazu komme, dass die internatähnliche Situation der externen «Husi» auch die Sozialkompetenz und die Teamfähigkeit fördere. Dieser Meinung ist auch SVP-Kantonsrat Samuel Ramseyer. Zudem könnten nur in einem dreiwöchigen Kurs richtige Haushaltszyklen gelebt werden. Zum Beispiel sei man plötzlich gezwungen zu waschen, weil die saubere Wäsche ausgehe. Fänden die Kurse vereinzelt an der Schule statt, müssten die Schüler von zu Hause Schmutzwäsche in die Schule bringen.

Kosten als Hindernis

Ein Hindernis für diese Lösung sind allerdings die Kosten. Die Einsparungen von 4,2 Millionen Franken durch die Abschaffung wären dahin. Zudem müsste der Kanton das gesamte Inventar der Häuser an den Kursorten neu beschaffen. Die Geräte der Werkräume, die Nähmaschinen, die Küchenutensilien und das Verbrauchsmaterial wurden liquidiert. Noch in Kantonsbesitz sind allerdings die Häuser selbst. Zwar will der Kanton seit langem mindestens zwei der drei kantonalen Liegenschaften verkaufen. Bisher ist dies aber nicht geschehen. EVP-Kantonsrat Hanspeter Amstutz findet schon den versuchten Verkauf der Liegenschaften unerhört. Damit wolle man vollendete Tatsachen schaffen, bevor das Volk habe entscheiden können. Amstutz hat hierzu schon vor zwei Jahren ein Postulat eingereicht. Die Antwort der Regierung damals: Eine hängige Volksinitiative vermöge die Umsetzung von gefassten Beschlüssen nicht zu hindern. Für den Fall, dass die Volksinitiative «Ja zur Husi» dereinst angenommen werden sollte, müssten die Hauswirtschaftskurse neu aufgebaut und bezüglich Standorten und Räumen neu konzipiert werden.